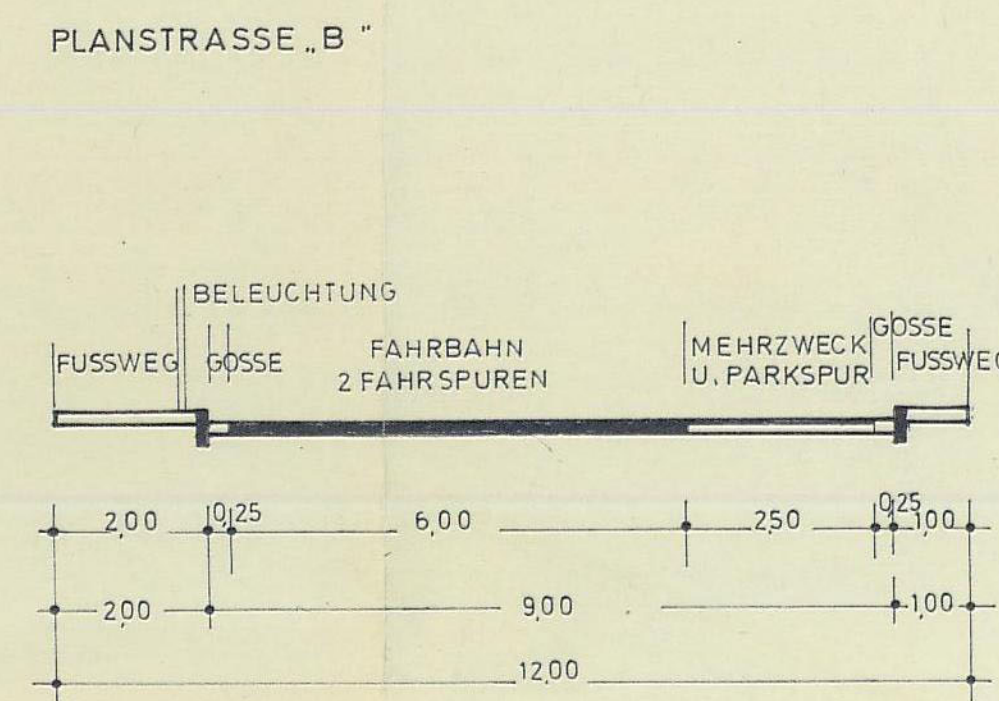
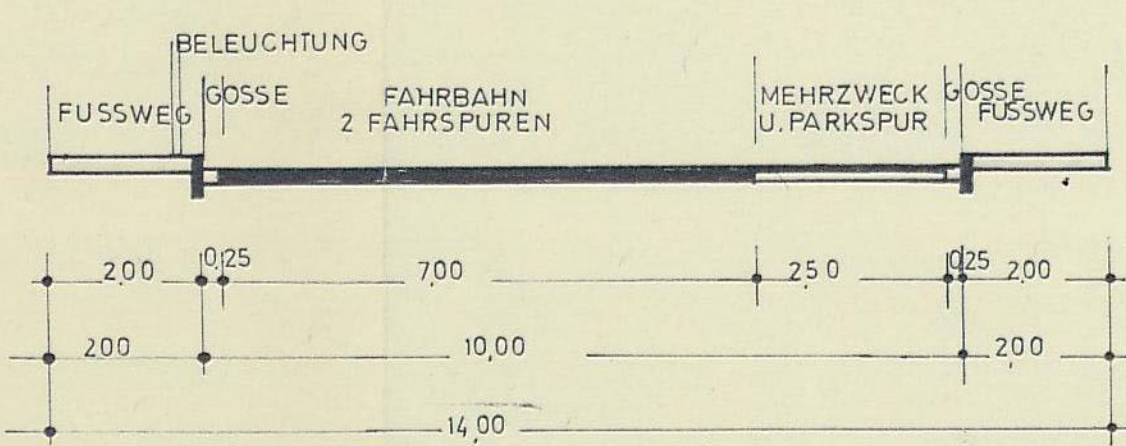
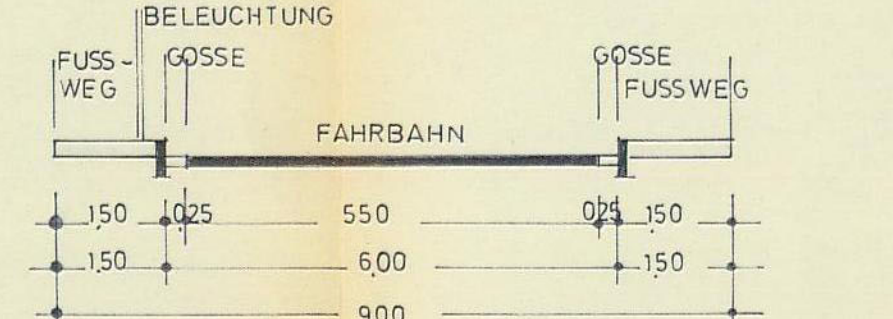


VERVIELFÄLTIGUNG VERBOTEN

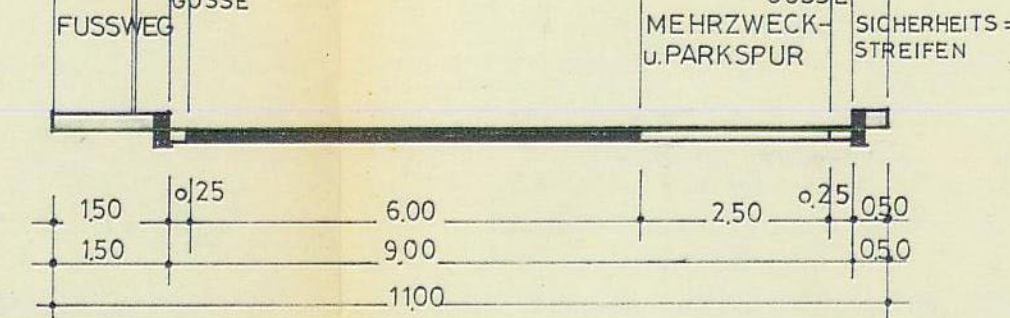
STRASSENPROFIL: M. 1:100



PLANSTRASSE „A“



PLANSTRASSE „C“



PLANSTRASSE „D“

o. 6 GRZ
6.0 BMZ
a BAUWEISE
AUSNAHME
BIS 100m
§ 31(1) BBAUG
§ 22(2) BAUNVO

GI
o. 6 GRZ
6.0 BMZ
a BAUWEISE
AUSNAHME
BIS 100m
§ 31(1) BBAUG
§ 22(2) BAUNVO

GI
o. 6 GRZ
6.0 BMZ
a BAUWEISE
AUSNAHME
BIS 100m
§ 31(1) BBAUG
§ 22(2) BAUNVO

AUF GRUND DER §§ 6 UND 40 DER NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEORDNUNG (NOD) IN DER ZUR ZEIT GÜLTIGEN FASSUNG IN VERBINDUNG MIT DEN §§ 2, 9 UND 10 DES BAUGESAMENGESETZES (BBAUG), DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO) IN DER FASSUNG VOM 26.11.1988 UND DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 19.1.1985 SOWIE DER VERORDNUNG ÜBER GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN UND KENNZEICHNUNG VON DENKMÄLERN IN BEBAUUNGSPLÄNEN VOM 14.6.1974 (NOS. GVB. 5.333) HAT DER RAT DER GEMEINDE GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 22.8.1974 AM 10.00 UHR, DIE NACHFOLGENDEN BESCHLÜSSE FOLGENDEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN BESTEHENDE SATZUNG BESCHLOSSEN:

- TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:**
- A. DIE GRUNDSTÜCKE SIND AN DEN SEITLICHEN UND RÜCKWÄRTIGEN GRUNDSTÜCKSGRENZEN MIT EINEM MIN. 5m BREITEN GRÜNSTREIFEN AUS STANDORTGERECHTEN GEHÖLZEN SO ZU BEPFLANZEN, DASS DER EINDRUCK EINES UNUNTERBROCHENEN GRÜNSTREIFENS ENTSTEHT. DIE HÖHE DER ANZUPFLANZENDEN BÄUME UND STRÄUCHER DARF IN ÜBERWIEGENDER ANZAHL 2,00m NICHT ÜBERSCHREITEN. IN DEN GRÜNSTREIFEN IST DER VORHANDENE BAUMBESTAND SO WEIT WIE MÖGLICH ZU ERHALTEN.
- b. DER ZU ERHALTENDE BAUMBESTAND DARF NUR DORT ENTERT WERDEN, WO ES FÜR EIN- UND AUSFAHRTEN DRINGEND NOTWENDIG IST.
- B. KENNZEICHNUNG UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN
GEM. § 9(1) BBAUG WIRD NACHRICHTLICH DARAUF HINGEWIESEN, DASS MASSNAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG DES PLANES EINSCHLIESSLICH DER KOSTEN DER DURCHFÜHRUNG IN DER BEGRIFFUNG VOM DARLEGELEGTE SIND.
- C. FÜR DEN FALL DER NICHTBEFOLGUNG DIESER SATZUNG WIRD GEM. § 6(2) NOD IN VERBINDUNG MIT DEN §§ 35 UND 37 DES NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEGESETZES ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG EIN ZWANGSGELD BIS ZU DM 500,- BZW. DIE ERSETZ-VORNAHME ANGEORDET. EINE VERLÖSUNG VON GRUNDUNGSVERTRÄGEN NACH § 106 BBAUG BLEIBT HIERVON UNBERÜHRT.
- D. DIESE SATZUNG TRITT MIT DER BEKANNTMACHUNG IN KRAFT.

Landkreis Osnabrück
Gemeindebezirk Stadt Georgsmarienhütte
Gemarkung Harderberg
Flur 2
Maßstab 1:1000
Dem Planungsbüro Nolte - Hütner zur Vervielfältigung unter dem am 6.5.1974 anerkannten Bedingungen freigegeben durch das Katasteramt Osnabrück. Zu diesem Plan gehört als Bestandteil ein Grundstücksverzeichnis vom -
Gesch. B.V./Nr. 1713/74
Ausgefertigt Osnabrück, den 6.5. 1974
Katasteramt
Im Auftrage:

LEGENDE + FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

1. ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GEWERBEGEBIET
INDUSTRIEGEBIET
ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

1 = GESCHOSSZAHL (ZAHLE OHNE KREIS = HÖCHSTGRENZE)
2 = BAUWEISE o. ABWEICHENDE BAUWEISE GEM. § 22(1) BAUNVO
3 = GRUNDSTÜCKSFLÄCHENZAHL (GRZ)
4 = GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ) HÖCHSTGRENZE

2. SONSTIGE FESTSETZUNGEN

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES

BAUGRENZE
ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHEN MIT BEGRENZUNGS-LINIE

DIE IM BEB-PL. FESTGESETZTEN ÖFFENTLICHEN STRASSEN UND WEGE GELTEN GEMÄSS § 6 ABS. 5 DES NIEDERSÄCHSISCHEN STRASSENGESETZES VOM 14.12.1962 (NOS. GVB. 5.331) MIT DER VERKEHRSÜBERGABE ALS GEWIDMET.

GRÜNFLÄCHEN ANZUPFLANZENDEN GRÜNSTREIFEN
PFLANZUNG ZU ERHALTENDER BAUMBESTAND
SCHUTZPFLANZUNG § 9(1) 25 BBAUG
SICHTBECKEN HÖHENBESCHRÄNKUNG o. 6m ÜBER O.H. FESTGESETZTE STRASSE

ZU- UND AUSFAHRTSVERBOT

MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN

30 KV
FREILEITUNG MIT ANGABE DES SCHUTZSTREIFENS

EG
FERNKABELLEITUNG

GRÜNFLÄCHEN GEM. § 9(1) 25 BBAUG
BEGÜNSTIGTE STRASSENBAUVERWALTUNG
TRAFOSTATION

10 KV KABEL
EG
MD ERDGASLEITUNG

BEBAUUNGSPLAN NR. 131
„INDUSTRIEGEBIET OSTERHEIDE“
DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE

LANDKREIS OSNABRÜCK M. 1:1000

DER RAT DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE HAT AM 22.8.1974 GEMÄSS § 2(1) BBAUG VOM 23.6.1950 (BOBL. 1.5.341) DIE AUFSTELLUNG DIESER PLANES BESCHLOSSEN.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

BÜRGERMEISTER STADTDIREKTOR

BEARBEITET: PLANUNGSBÜRO NOLTE-HÜTNER
OSNABRÜCK, DEN 22.8.1974

PLANUNGSBÜRO NOLTE-HÜTNER
STADTBAU-UND VERKEHRSPLANUNG
40000 Osnabrück, W. 111, 34134 Osnabrück

DER BEB-PLAN HAT BEWILLIGUNG AM 01.06.1974 VOM 13.06.1974 AN
14.07.1974 EINSCHLIESSLICH ÖFFENTLICH AUSGELEGEN, ORT UND ZEIT
DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 01.06.1974
BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

DER BEB-PLAN IST GEMÄSS § 10 BBAUG AM 01.06.1974 DUREH DEN RAT DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE ALS SATZUNG BESCHLOSSEN WORDEN.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

BÜRGERMEISTER STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN

STADTDIREKTOR

Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 131 Industriegebiet Osterheide

Auf Grund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 26.11.68 und der Planzeichenverordnung vom 19.1.1965 hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 25. OKT. 1977 die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen.

Textliche Festsetzungen

1. Die Grundstücke sind an den seitlichen und rückwertigen Grundstücksgrenzen mit einem mind. 5 m breiten Grünstreifen aus standortgerechten Gehölzen so zu bepflanzen, daß der Eindruck eines ununterbrochenen Grünstreifens entsteht. Die Höhe der anzupflanzenden Bäume und Sträucher darf in überwiegender Anzahl 2,00 m nicht überschreiten. In den Grünstreifen ist der vorhandene Baumbestand so weit wie möglich zu erhalten.
2. Der zu erhaltende Baumbestand darf nur dort entfernt werden, wo es für Ein- und Ausfahrten dringend notwendig ist.

Kennzeichnung und nachrichtliche Übernahmen

Gem. § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 14. Febr. 1977 dargelegt sind.

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 500,00 DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 34 „Westlich Weghaus“ der ehemaligen Gemeinde Oesede außer Kraft.

Hinweis

Die Grundstücke sind entlang der B 51 mit einer festen lückenlosen Einfriedung zu versehen.